

**Urban Mangold (für die ÖDP-Stadtratsfraktion)**

Kapuzinerstr. 5, 94032 Passau

15.04.2010

An  
Stadt Passau  
Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper  
.....  
Stadtwerke Passau  
Herrn Geschäftsführer Gottfried Weindler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Weindler,

ich bitte Sie den folgenden Antrag dem zuständigen Gremium zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Die Antragspunkte 1 und 2 betreffenden den Aufsichtsrat der Stadtwerke, der Antragspunkt 3 betrifft daran anknüpfend den Stadtrat bzw. die zuständigen Ausschüsse.

1.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Passau appelliert an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Stellung kommunaler Stadtwerke im wettbewerblichen Erzeugungsmarkt schwächen und die konzentrierte Struktur auf dem deutschen Strommarkt zementieren. Die von der Bundesregierung geplante Verlängerung der Atomreaktorlaufzeiten reduziert die Wirtschaftlichkeit bestehender und zukünftiger kommunaler Energieerzeugungsanlagen. Durch die Laufzeitverlängerung bleiben Strommengen auf dem Markt, die eigentlich durch Strom aus effizienteren Kraftwerken (z.B. KWK) sowie aus Erneuerbaren Energien hätten ersetzt werden können. Zur Vermeidung weiterer Überkapazitäten werden infolge einer AKW-Laufzeitenverlängerung geplante Investitionen in moderne Kraftwerke zurückgestellt oder entfallen. Der Aufsichtsrat appelliert daher an die Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht zu verlängern.

2.

Die Geschäftsführung der Stadtwerke wird beauftragt, bei Öko-Stromerzeugern, die nicht zu einem AKW-Betreiberkonzern gehören, Vorlieferantenangebote einzuholen und diesen Strom, sobald der derzeitige Vertrag mit E.ON abgelaufen ist, künftig in Passau insbesondere den kommunalen Einrichtungen (Rathaus, Bauhof, Schulen, Klinikum, Gesellschaften ...) anzubieten.

Begründung:

Die vom Gesetzgeber geplante Verlängerung der Atomreaktorlaufzeiten stellt ein unverantwortbares Risiko für unser Land und die gesamte Bevölkerung dar und verschlechtert zudem die Wettbewerbsposition der Stadtwerke. Auch als Kommune wären wir von den katastrophalen Folgen eines Reaktorunglücks in vielfältiger Weise betroffen. Deshalb befürwortet die ÖDP-Fraktion, keinen Strom mehr von Energiekonzernen zu beziehen, die

von der Reaktorlaufzeitverlängerung profitieren. Dies soll zumindest für den kommunalen Eigenbedarf gelten:

Wenn viele Kommunen diesem Beispiel folgen, entsteht für die AKW-Betreiber ein gewisser wirtschaftlicher Nachteil und – was noch entscheidender ist – ein Ansehensverlust und eine verschlechterte Marketingposition.

Alle Privathaushalte können, wenn Sie wollen, dem Beispiel folgen und ebenfalls bei den Stadtwerken den von einem Ökostrom-Vorlieferanten bezogenen Strom kaufen.

Wenn E.ON von der AKW-Laufzeitenverlängerung zu unseren Lasten profitiert, sollten wir unsere Position als bisheriger Kunde überdenken.

Zu Punkt 2 des Antrages verweise ich auf die Stadtwerke Versmold und Stadtwerke Verden:

<http://www.stadtwerke-versmold.de/index.php?id=130&gebiet=versmold>

<http://www.stadtwerke-verden.de/index.php?menu=2000&fct=&sid=&nav=&sr=0&id=49&fnc=view>

Mit freundlichen Grüßen  
Urban Mangold